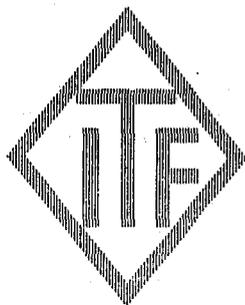




FASCHISMUS

Nummer 11
1. Dez. 1934

Erscheint zweiwöchentlich in deutscher, englischer, französischer, schwedischer und spanischer Sprache. Einzelabonnements können zu Hfl 2,- pro Jahr bei den Vorständen der der ITF angeschlossenen Verbänden oder direkt: Vondelstraat 61, Amsterdam W bestellt werden.



Danzig und die Saar. (ITF) Am 13. Januar 1935 stimmen 500 000 Bewohner des Saargebiets darüber ab, ob sie künftig in einem freien deutschen Territorium leben wollen oder im Dritten Reich. Rückkehr ins Dritte Reich bedeutet Konzentrationslager, Prügelhöhlen und politischen Mord auch an der Saar, Preissteigerung und Lohnsenkung in den Gruben und Betrieben, Unterstützungsentzug für Erwerbslose, Erwerbslosigkeit für die Jugend. Die Entscheidung ist nicht schwer für den, der das Dritte Reich kennt, so wie es wirk-

lich ist. Die Hitlordiktatur setzt deshalb alles daran, um die Wahrheit über das Dritte Reich nicht ins Saargebiet dringen zu lassen. Die bürgerliche Presse wurde vom deutschen Propagandaministerium gekauft, eine "Deutsche Front" mit Hunderttausenden finanziert, getarnte SA aufgestellt, die die Antifaschisten terrorisiert. Allabendlich sendet der deutsche Rundfunk sein Saarprogramm.

Doch die Wahrheit lässt sich nicht unterdrücken. Besuch aus dem Reich berichtet von den Abzügen vom Lohn, vom Steigen der Preise, der Mieten. Frauen erfahren, dass man im Dritten Reich vor den Läden Schlange steht wie im Kriege, der Folterung Entronnene berichten von den Konzentrationslagern. Die antifaschistische Presse, die Meldungen des Strassburger Senders durchdringen die Lügenwand. Die Hitlordiktatur sieht keine andere Rettung als die stereotype Behauptung: alle Antifaschisten verbreiten "Gruellügen". Doch die Grenze ist zu nah, die Wahrheit frisst sich durch den braunen Wall, die Antifaschisten finden Gehör. Da spielte die Diktatur ihren letzten Trumpf aus: das Volk sei für die Diktatur begeistert, die Volksabstimmung am 19. August habe es bewiesen. Aber an der Saar kannte man den Wahlterror und die Wahlfälschungen in den Grenzdörfern und man wusste: im Konzentrationslager Dachau haben 90% der Gemarterten für Hitler gestimmt! Das besagte genug, die Karte stach nicht. Die Diktatur versuchte ein neues Spiel. Im fernen Danzig, dessen demokratische Verfassung der Völkerbund garantiert, sollten freie Wahlen zeigen, dass freie Deutsche begeistert zum Nationalismus stehen. Die Danziger Nationalsozialisten nahmen den Auftrag an.

Der Freistaat Danzig wird seit dem Juni 1933 von einer nationalsozialistischen Regierung geleitet. Die Ergebnisse der 1 1/2 Jahre brauner Herrlichkeit haben die Vertrauensbasis der Danziger Regierung untergraben. Wahlen zum Landesparlament, dem Volkstag, hätten leicht zu einer unangenehmen Überraschung führen können. Die Danziger Nationalsozialisten verfielen deshalb auf den Ausweg, nur Kreistags- und Gemeindewahlen stattfinden zu lassen. Das Gebiet des Freistaats Danzig ist in 4 Kreise eingeteilt. Die Kreise Danziger Höhe und Zoppot umfassen städtische Bevölkerung, in den Kreisen Danziger Niederung und Grosses Werder wohnen überwiegend Bauern

2.) und Fischer. Die Nationalsozialisten wagten nicht, in den Städten und in den beiden agrarischen Kreisen, in denen nur 40 000 von fast einer Viertel Million Stimmberechtigten wohnen, wurde gewählt. Die Bevölkerung dieser Kreise ist wirtschaftlich von der nationalsozialistischen Verwaltung abhängig. Alle Bauern und Landarbeiter müssen der nationalsozialistischen Zwangsorganisation angehören, dem Landstand oder dem gleichgeschalteten Landarbeiterverband, die Fischer werden durch die sogenannte Marktregelung kontrolliert, und die Erwerbslosen hängen von dem Wohlwollen der braunen Ortsgewaltigen ab. Landräte der beiden Kreise sind die Kreisleiter der nationalsozialistischen Partei, die gleichzeitig als Wahlleiter fungierten. Sie haben die Bevölkerung auf ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von der nationalsozialistischen Verwaltung verwiesen. Der Wahlleiter des einen Kreises drohte: "Wer sich gegen die Einheit (der NSDAP) vergeht, stellt sich ausserhalb der Volksgemeinschaft; wer ausserhalb der Volksgemeinschaft steht, hat keine Ansprüche(!) an den von ihm bekämpften Staat zu stellen" -- dieser Aufruf des Landrats wurde im Organ der agrarischen Zwangsorganisation abgedruckt! -- "Wer unsere aufopferungsvolle Arbeit bekämpft", fuhr der Aufruf fort, "anstatt mitzuarbeiten, wird die elementare Stosskraft unserer Bewegung zu spüren bekommen". Noch deutlicher wurde der Wahlleiter des andern Kreises: "Wir werden in der Lage sein, alle diejenigen, die böswillig die Hand (der NSDAP) abschlagen, zu vernichten". Die Danziger SA singt das kennzeichnende Lied: "Wir schlagen euch sämtliche Knochen entzwei", die Aufrufe bedurften keines weiteren Kommentars.

Die "elementare Stosskraft der Bewegung" wurde eingesetzt. Die Frist zur Anberaumung der Wahlen, die im allgemeinen 4 Wochen betrug, wurde auf 3 Wochen herabgesetzt; der Opposition blieb nur eine Woche Zeit, die Kandidaten für 2 Kreisparlamente und über 100 Gemeindevertretungen aufzustellen. Die vorgeschriebene Zahl der Unterschriften unter den Wahlvorschlägen wurde durch eine Senatsverordnung verfünffacht. Kandidaten der Opposition wurden fristlos entlassen, Behörden entliessen Unterzeichner von Wahlvorschlägen der Opposition, Gemeindevorsteher versuchten unter Vorlage bereits fertiggestellter Formulare, die Zurückziehung der Unterschrift unter dem Wahlvorschlag zu erpressen. Danziger SA, durch reichsdeutsche Nationalsozialisten unterstützt, terrorisierte die Agitationskolonnen der Opposition. Zahlreiche Wohnungen von Gegnern der Nationalsozialisten wurden des Nachts umstellt, Antifaschisten wurden überfallen und misshandelt, in Wohnungen der Kandidaten der Opposition flogen mit Karbid gefüllte Bierflaschen, katholische Pfarrhäuser wurden mit Steinen bombardiert, der Listenführer der katholisch-konservativen Opposition des einen Kreises wurde durch einen Kopfschuss verwundet. Danzig ist zwar ein Rechtsstaat, doch vor den Richter kommt nur, wer persönlich angeklagt wurde.

Unter dem Schutz der vom Völkerbund garantierten Verfassung dürfen Oppositionszeitungen erscheinen, doch alle nationalsozialistischen Organisationen stehen unter "Ehrenschutz"; wer in Danzig schreibt, dass ein nationalsozialistischer Verbrecher ein Verbrecher ist, wird verhaftet, wer erklärt, dass ein nationalsozialistischer Mörder ein Mörder ist, wird eingesperrt. Mitten im Wahlkampf wurde die sozialdemokratische Zeitung 3 Tage verboten, ein Redakteur des Blattes wurde unmittelbar vor der Wahl als "lästiger Ausländer" (er ist Reichsdeutscher) nach Deutschland abgeschoben, er sitzt jetzt im Gefängnis in Königsberg. Das Wahlgeheimnis wurde praktisch aufgehoben: die Wahlbezirke wurden neu eingeteilt und verkleinert und die Beamten wurden angewiesen, "wie SA und SS" parteilich die Wahlen zu beeinflussen. Die Terrorwahlen in den 100 abgelegenen Danziger Dörfern geben deshalb kein Bild von der wahren Stimmung im Volke; sie zeigten dem Saargebiet nur das abschreckende Bild nationalsozialistischer Brutalität.

Auch im Saargebiet versuchen die Nationalsozialisten die Abstimmung durch Terror einzuschüchtern. Doch während in Danzig der Schutz der Opposition ausgerechnet der nationalsozialistischen Polizei anvertraut ist, da der Völkerbundskommissar über keine eigene Exekutive verfügt, erhält die Regierungskommission des Saargebiets jetzt endlich eine eigene Polizeitruppe. Und vor allem unterscheidet das Kampfziel die Abstimmung an der Saar von den Wahlen in Danzig. Die Danziger Wahlen konnten keinerlei greifbares Ergebnis haben; denn weder Kreisparlament, noch Gemeindevor-

3.)
tretung haben **in Danzig** noch irgendwelche Bedeutung; die nationalsozialistische Regierung kann durch die von ihr ernannten Staatskommissare in den Gemeinden unter Ausschaltung der gewählten Vertretung schalten und walten. Nur Volkstagswahlen hatten eine Änderung des Systems bringen können; doch die wagten die Nationalsozialisten nicht auszu-schreiben. Die Wahlen in den Danziger Dörfern waren eine politische Demonstration, nicht weniger, doch auch nicht mehr. An der Saar aber entscheidet die Abstimmung über das Schicksal einer halben Million Deutscher.

"Reaktionärster Kapitalismus". (ITF) Die italienischen Faschisten
===== haben die Arbeiterschaft ent-rechtet, doch im Vergleich zu den in Deutschland herrschenden Zuständen kommen sie sich fast fortschrittlich vor. Der Korrespondent des "Lavoro Fascista", der Tageszeitung der italienischen Korporationen, spottet (am 14. November) über die Ohnmacht der Deutschen Arbeitsfront: "Die Fragen der Produktion werden an einer Stelle entschieden, an der die Arbeitsfront nichts zu sagen hat, nämlich in der "Wirtschaftsführung", die die einzelnen Betriebe erfasst und in der die Produktion einseitig durch die Unternehmer geregelt wird... Wenn wir diesen Sach-verhalt mit gewerkschaftlichen Ausdrücken schildern, so müssen wir eigentlich sagen, dass hier eine riesige Unternehmerorganisation besteht, die durch die Vollmacht der Produktionsregelung auch die Möglichkeit hat, die Löhne festzusetzen... das geschieht, ohne dass eine entsprechende Arbeiterorganisation die Interessen der Arbeiter vertreten kann.

Zwar muss die "Wirtschaftsführung" mit dem Staat rechnen, genau so wie der einzelne Unternehmer der Zustimmung des Treuhänders zu den von ihm diktierten Werkтарifen bedarf. Aber man kann nicht begreifen, wie es sich mit sozialer Gerechtigkeit vertragen soll, dass Produktion und Verteilung des Produktionsertrages ausschliesslich in einem Gespräch zwischen Unternehmer und Staat geregelt werden, während der Arbeiter geduldig abwarten soll, wie dieses Gespräch enden wird.... Es ist schwierig, wenn nicht unmöglich, zu begreifen, wie sich diese Auffassung mit der sozialen Gleichberechtigung verträgt, die man dem "Arbeiter der Faust" gegenüber dem "Arbeiter der Stirn" verschaffen will". Diese Entrechtung der deutschen Arbeiter "ist nicht viel anders als die reaktionärste kapitalistische Auffassung".

Die "Arbeiterpartei." (ITF) Die Nationalsozialistische "Arbeiterpartei"
===== hat Gauwirtschaftsbeiräte ernannt, deren Aufgabe es ist, für eine einheitliche wirtschaftspolitische Linie in jedem der 32 Gaue zu sorgen. Diesen Gauwirtschaftsbeiräten gehören "neben Vertretern des Handwerks und des Handels die Führer der grossen Werke, unabhängig, ob sie Parteigenossen sind oder nicht", an. Selbst für nationalsozialistische Arbeiter ist kein Platz in den Wirtschafts-beiräten der famosen "Arbeiterpartei".

Erwerbslose gelten im Dritten Reich als Faulenzer. (ITF) Im kaiser-lichen
===== Deutschland mussten Erwerbslose, so bald sie wieder Arbeit erhielten, die Unterstützung zurückzahlen; die sie während ihrer Arbeitslosigkeit aus der Gemeindekasse erhalten hatten (Par. 25 der Fürsorgepflicht-verordnung). In der ersten Zeit seiner Wiederbeschäftigung ist ein langfristig Erwerblosler durch die vielen Neuanschaffungen belastet, die er während seiner Erwerbslosigkeit zurückstellen musste. Die Rück-zahlung der Unterstützung erschwert ihm diese Neuausstattung ausser-ordentlich. Trotzdem forderte das kaiserliche Deutschland die Rück-zahlung jeden Pfennigs. Denn es ging von der Auffassung aus, dass der Erwerbslose eigentlich ein Faulenzer sei, der kein Recht auf Unter-stützung hatte, sondern höchstens ein Almosen erhalten konnte. Die Republik hatte diesen Zustand beseitigt, sie hatte festgelegt, dass jeder Deutsche Anspruch auf Arbeit hat und, "soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, für seinen notwendi-gen Unterhalt gesorgt wird" (Weimarer Verfassung, Artikel 163). Die Gemeinden hatten infolgedessen nach dem Kriege stillschweigend auf diese Rückzahlung verzichtet. Erst unter dem Wegbereiter Hitlers, unter der Reichskanzlerschaft Brünnings (1931), liessen sich die Gemeinden wieder von jedem Unterstützten die Rückzahlungsverpflichtung unter-schreiben, aber sie wagten noch nicht, die Rückzahlung zu fordern. Doch nach der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten begannen die Gemeinden, selbst den zu Hungerlöhnen bei Tiefbauarbeiten Eingestellten die während der Erwerbslosigkeit gezahlte Wohlfahrtsunter-stützung vom Lohn abziehen zu lassen. Die Abzüge betragen im Durch-

4.) schnitt etwa 10 RM im Monat, zusammen mit den Sozialversicherungsbeiträgen und den "freiwilligen" Spenden ein volles Drittel des Lohns. Erwerbslose werden im Dritten Reich wieder als Faulenzer behandelt!

Zur Beruhigung der aufgebrachten Arbeiter hatte der Arbeitsminister der Diktatur die Gemeinden gebeten, die Rückzahlung nicht sofort zu verlangen, sondern eine Atempause einzulegen. Die meisten Gemeinden haben sich jedoch nicht einmal daran gehalten. Beamte werden zur Arbeitsstelle und in die Wohnung der Neubeschäftigten geschickt und schnüffeln nach "unnötigen Anschaffungen". Die Arbeiter sollen bei schwerer Arbeit hungern, damit die nationalsozialistischen Bürgermeister Geld in ihrer Kasse haben.

"Ihr Kinderlein kommet..." (ITF) Allen deutschen Arbeitern und Angestellten wird während der Wintermonate, in denen sie ohnehin erhöhte Ausgaben haben, eine Sondersteuer von 1 1/2 - 2% ihres Einkommens abgezogen. Der nationalsozialistische Staat will sich mit den Erträgen dieser Winterhilfs-Steuer die Ausgaben für die Arbeitslosen ersparen. Zu dieser Steuer tritt monatlich ein Betteltag. An einem Sonntag wird von Haus zu Haus gesammelt, und auf den Strassen werden besondere Plaketten verkauft, die pro Stück 20 Pfg. kosten und jedem Passanten von den durchweg informierten Verkäufern aufgezwungen werden. Der Reinertrag soll das Aufkommen der Sondersteuer erhöhen. An Plaketten soll möglichst viel verdient werden; das Propagandaministerium, dem bezeichnenderweise die Winterhilfe untersteht, lässt diese Plaketten deshalb in Heimarbeit herstellen. "Schon die Kinder im zarten Alter von 3-4 Jahren beteiligen sich und erledigen die einfachen Arbeiten", stellt ein Sonderberichterstatte der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront fest, "dadurch verbilligt sich die Herstellung".

Ausnutzung der Jugend. (ITF) Die nationalsozialistischen Jugendorganisationen haben der Jungarbeiterschaft immer wieder die Einführung des 6-Studentages ohne Lohnausfall versprochen. Noch die Denkschrift der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) vom November 1933 forderte (p. 117) 7-Studentag als Höchstarbeitszeit für Jungarbeiter. Jetzt veröffentlicht der "Ostdeutsche Sturmtrupp", Amtsorgan der Hitlerjugend, das Ergebnis einer Untersuchung über die tägliche Arbeitszeit der Lehrlinge zwischen 14 und 18 Jahren. Als Stichprobe wurde in einem Bezirk die Arbeitszeit von 427 Lehrlingen geprüft; nur 10 hatten eine Arbeitswoche von 48 Stunden, 149 mussten 12 Stunden täglich arbeiten, 65 täglich 13 Stunden, 60 täglich 14 Stunden, 40 täglich 15 Stunden, 8 täglich 16 Stunden und 2 mehr als 16 Stunden täglich! Der "Ostdeutsche Sturmtrupp", der diese Ausnutzung der Jugend anprangerte, musste sein Erscheinen einstellen.

Sprecher der Jugend. (ITF) Jugendliche Arbeiter und Angestellte bis zu 18 Jahren, Mädchen bis zu 21 Jahren werden nur dann in die Deutsche Arbeitsfront aufgenommen, wenn sie sich in der Hitlerjugend, beziehungsweise im Bund deutscher Mädel organisieren und dort im Gebrauch von Gewehr und Kochlöffel unterwiesen werden. Die Jungarbeiter zeigen jedoch wenig Lust, freiwillig der staatlichen Jugendorganisation beizutreten. Sie wissen, dass weder Hitlerjugend noch Arbeitsfront einen Schutz gegen die Ausbeutung der Jugend bedeutet. Die Reichsleitung der Hitlerjugend hatte ein Jugendschutzprogramm veröffentlicht, das jedoch so allgemein und nichtssagend gehalten war, dass es nahezu wirkungslos verpuffte. Doch jetzt hatte die Hitlerjugend daraufhin "Sprecher der Jugend in den Betrieben" einrichten wollen. In jedem Betrieb, in dem mehr als 10 Jugendliche beschäftigt sind, sollte ein Sprecher der Jugend eingesetzt werden, der die besonderen Interessen der Jungarbeiter vertreten sollte. Dieses Amt "war nicht an ein bestimmtes Alter gebunden", doch sollten in erster Linie Jugendliche zu Sprechern ernannt werden. Im Zeichen der Volksgemeinschaft war allerdings zu befürchten, dass die Unternehmer einen Sprecher, der wirklich versuchte, sich für die Jungarbeiter einzusetzen, entlassen würden; die Hitlerjugend garantierte deshalb einen erhöhten Kündigungsschutz; der Kampf konnte beginnen.

Das war Anfang Oktober 1934.

Eine Woche lang agitierte die Hitlerjugend mit ihrem "Kampf für die Jungarbeiter", dann brach die Propaganda zusammen. Die Hitlerjugend zog alle Forderungen zurück, erklärte, dass die Behauptung, sie wolle die Interessen der Jungarbeiterschaft im Betrieb vertreten, eine "Zwecklüge sei": ein Sprecher der Jugend würde dem Unternehmer nicht unangenehm werden, "er hat nicht mehr Rechte als jedes andere Mit-

5.)
glied der Gefolgschaft auch" -- nämlich keine -- und soll auch nur ernannt werden, wenn der Herr Unternehmer es gestatte. Und seine Aufgabe sei nur, die Jungarbeiter "jeden Morgen pünktlich zum Betriebsappell antreten zu lassen".

Die Flucht in die Ehe. (ITF) Von 10 Millionen jugendlichen Arbeitern
===== und Angestellten unter 25 Jahren droht

3 Millionen der Verlust des Arbeitsplatzes. Sie sollen zur Zwangsarbeit im militärischen Drill des Arbeitsdienstes eingezogen oder als billige Landarbeiter zur Landhilfe verschickt werden. Nur, wer bereits Mitglied einer nationalsozialistischen Organisation ist, schon im Arbeitsdienst exerziert hat oder für Familienangehörige zu sorgen hat, hat Aussicht, seinen Arbeitsplatz zu behalten. Nachträglicher Eintritt in die nationalsozialistischen Organisationen wurde nicht mehr angerechnet; die Jugendlichen suchten nach einem anderen Ausweg und glaubten, ihn gefunden zu haben -- ein Sturm aufs Standesamt setzte ein. Die Löhne der Jugendlichen sind in Deutschland so niedrig, dass sie nicht zur Gründung einer Familie reichen. Die Jugendlichen aber versuchen, sich zu zweit kümmerlich durchzuschlagen, um nicht zur Zwangsarbeit verschickt zu werden.

Als die Regierung feststellte, dass durch die Massenheiraten der geplante Stempelkartenaustausch gefährdet wurde, liess sie erklären, dass Not-Trauung kein Schutz vor Zwangsverschickung sei. Die Flucht in die Ehe hat nichts genützt.

Hände an die Hosennaht!" (ITF) Das Dinta (Deutsches Institut für
===== technische Arbeitsschulung) wurde
1919 von westdeutschen Schwerindustriellen gegründet, um durch gelbe Propaganda den Einfluss der Gewerkschaften in den Betrieben zu schwächen. Das Dritte Reich hat das gelbe Dinta der Arbeitsfront eingliedert; doch nach wie vor ist der Vorsitzende der "Gesellschaft der Freunde und Förderer des Dinta" der westdeutsche Schwerindustrielle Generaldirektor Vögler. Die gelbe Agitation der Industriellen wird jetzt mit den den Arbeitern abgepressten Beiträgen finanziert.

Bisher bildete das Dinta nur in Düsseldorf seine "Betriebsingenieure" aus, jetzt wurde in Stuttgart eine Zentrale für Süddeutschland geschaffen, und eine dritte Zentrale ist für Ostdeutschland geplant. Die Leitung verbleibt unter Aufsicht der Schwerindustrie in Düsseldorf, die Ziele bleiben die alten. Der Leiter des Dinta, Dr. Arnhold, bekannte sich auf der Schulungswoche (Ende Oktober) zu den alten drei Aufgaben: die Wehrhaftmachung, die Führbarmachung und die organische Umgestaltung der Betriebswelt". An der Aufrüstung ist die westdeutsche Schwerindustrie besonders stark interessiert, die "Führbarmachung" der Belegschaft durch Verbreitung von Knechtsgesinnung und die "organische Umgestaltung der Betriebswelt" zur Errichtung der unbeschränkten Unternehmerdiktatur wird von allen Unternehmergruppen gebilligt. Als Konzession an die nationalsozialistische Soldatenspielerei erhält die Dinta-Arbeit einen pseudo-militärischen Anstrich. Frühappell, einheitliche Anzüge und Mützen, Abzeichen, "regelmässig am Schlageterbild aufgestellte Blumen" sollen "von vornherein die Arbeit zu nationalsozialistischem Erlebnis machen". Die vom Dinta zu einer soldatischen Disziplin Erzogenen werden die Kommandogewalt des Betriebsoffiziers, des Dinta-Ingenieurs, unterstellt. In besonderen Kursen sollen vor allem Söhne der Unternehmer zu solchen Betriebsoffizieren herangebildet werden. Den Arbeitern sollen die Betriebsoffiziere, wie auf der Tagung ausgeführt wurde, predigen: "Es ist im Grunde genommen unwesentlich, ob durch die Arbeit viel oder wenig verdient wird". Der Unternehmer verdient dann um so mehr.

Überwachung der Bonzen. (ITF) Die NSBO ist zu einem Apparat zur Kontrolle der nationalsozialistischen
=====
Bonzen der Deutschen Arbeitsfront umgebaut worden. Zum eigentlichen Leiter, dem "Stabsleiter der NSBO", wurde ein Vertrauensmann der Parteileitung, ein Dr. Hupfauer ernannt, der mit der gesamten NSBO-Leitung von Berlin nach München zog. Man hatte der NSBO im Laufe der letzten Monate jegliche Betätigungsmöglichkeit in den Betrieben abgeschnürt, jetzt versucht man sie als Parteipolizei neu zu beleben. Sämtliche Angestellten der Reichsbetriebsgemeinschaften sind der Kontrolle der NSBO unterstellt worden, und aus der Kampforganisation zur Eroberung der Betriebe ist endgültig eine Organisation zur Sichtung von Postenanwärtern geworden. Zum "sozialen Ausgleich" wurde den kleinen NSBO-Mitgliedern eine Uniform verliehen -- die sie selbst bezahlen dürfen.
"Grössere soziale Gerechtigkeit". (ITF) Unter dem Standbild Julius
===== Cäsars eröffnete Mussolini am
10. November, auf dem Capitol, wie er es in gewohnter Bescheidenheit ausdrückte, die "imponierendste Versammlung" der italienischen Geschich-

6.)
te. 8 Jahre nach der Begründung des korporativen Staates, 4 Jahre nach Gründung des Korporationsrats und 6 Monate nach der Vollendung der 22 Korporationen soll der korporative Staat endlich sein "kraftvolles und tätiges Leben" beginnen. Doch die kraftvolle Tätigkeit der Korporationen besteht nur im Ausarbeiten von Denkschriften; den 22 Korporationen sind 97 Themen überreicht worden, zu denen sie sich, doch nur, wenn es dem Diktator gefällt, eines Tages untertänigst äussern dürfen.

Das faschistische Jahrhundert, erklärt Mussolini, verkündet die "Gleichheit der Menschen vor der Arbeit". "Heute am 10. November setzt sich die grosse Maschine in Bewegung." Aber sie bringt den Arbeitern nicht die versprochene "Gleichheit vor der Arbeit". "Man soll keine unmittelbaren Wunder erwarten. ...Man kann noch nicht sagen, welche Entwicklung die korporative Ordnung in Italien nehmen wird, besonders vom Gesichtspunkt der Erzeugung und Verteilung der Güter". Die Verteilung des Produktionsertrages, die Höhe der Löhne interessiert die italienischen Arbeiter brennend; nach 12 Jahren kann der Faschismus noch immer nicht sagen, wie der von ihm verheissene "Staat der gleichberechtigten Produzenten" Wirklichkeit werden soll. Mussolini versucht, mit neuen Versprechungen die Arbeiter hinzuhalten. Das korporative System soll "allmählich und unbeugsam den Abstand zwischen den höchsten wirtschaftlichen Möglichkeiten und den geringsten oder fehlenden Möglichkeiten im Volke verringern. Das nenne ich eine grössere soziale Gerechtigkeit". In den 12 Jahren seiner Herrschaft hat der italienische Faschismus den Grossbesitz unterstützt, die Löhne gedrückt, die Bauern ausgeplündert und den Mittelstand ausgepresst. Gerade jetzt begann eine Welle neuer Lohnsenkungen. Das inhaltlose Versprechen Mussolinis soll die Arbeiter beruhigen.

Die für Arbeiterleser bestimmte Presse Italiens jubelt: Die "soziale Gerechtigkeit" kommt, "das kapitalistische System ist unwiderlich zum Tode verurteilt" (Lavoro fascista, 15. November). Das Blatt der Mailänder Industriellen De Stefani also hat den Sinn dieser "grösseren sozialen Gerechtigkeit" besser erfasst: "die korporative Dynamik kann sich nicht von ihrer Aufgabe lösen: Senkung der Kosten und Verteilung der Arbeit und des Arbeitsertrages auf die beste Weise" (Corriere della Sera, 17. November). "Senkung der Kosten, Verteilung des Arbeitsertrages "auf die beste Weise" bedeutet im internationalen Jargon aller Unternehmer -- Lohnsenkung. Die grosse Maschine setzt sich in Bewegung, aber der Maschinist erklärt treuherzig, er wisse noch nicht, welchen Zweck sie hat. Der Industrielle ist offener. Der korporative Apparat steht da als ungeheure, kostspielige Attrappe, deren Aufgabe ist, die schärfste kapitalistische Ausbeutung der Arbeitenden mit leeren Worten zu verbrämen.

(Einzelheiten über die Struktur der faschistischen Korporationen enthält die Ausgabe Nr. 2 vom 28. Juli 1934.)

Späte Erkenntnis. (ITF) Die Art der Ernennung zu den "ständischen" Körperschaften im faschistischen Österreich hat auch unter den Anhängern der faschistischen Diktatur grösste Empörung ausgelöst. Das faschistische Organ der Bankangestellten teilt mit, dass die Art der Ernennung "in die Vertretungskörper, besonders aber in den Bundeswirtschaftsrat, in der gesamten Mitgliedschaft grenzenlose Überraschung, allgemeine Unzufriedenheit und tiefe Erregung auslöste. Sie ist auch tatsächlich unfassbar und unbegreiflich.

Von den 4 Herren, die in den Bundeswirtschaftsrat bestellt wurden, ist kein einziger als Angestelltenvertreter anzusprechen... Alle 4 Vertreter des Berufsstandes sind klare, eindeutige Unternehmervertreter. Wenn im Radio Wien und in der (amtlichen) "Wiener Zeitung" 2 von den 4 ernannten Herren als 'Unselbständige', daher offenbar als Angestellte angekündigt wurden, so widerspricht dies den Tatsachen". Die sogenannten Selbständigen sind "Direktoren grosser Institute und erwählte oder bestellte Funktionäre von Unternehmerverbänden".

"Wir erhielten sofort nach Bekanntwerden dieser überraschenden Bestellungen Kundgebungen des Protestes, des Staunens und der Forderung nach Abwehr". "So hat sich kein Angestellter unseres Berufsstandes die Vertretung der Arbeitnehmerschaft in berufsständischen Körperschaften vorgestellt". ("Der Angestellte in den Banken, Sparkassen und Versicherungsinstituten", Nr. 6, November 1934).

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Seeleute im Zuchthaus. (ITF) "Einzelne Besatzungsmitglieder deut-
 =====
 scher Schiffe -- bei fast allen
 Reedereien -- mussten zwangsweise den schweren Gang hinter Gefäng-
 nisgitter antreten", teilt der nationalsozialistische "Deutsche
 Seemann" (Nr. 10) mit. Es sind "Devisenverbrecher". Die national-
 sozialistische Diktatur hat den Import von Rüstungsmaterialien der-
 artig gesteigert, dass es ihr an Devisen fehlt. Sie hat deshalb
 scharfe Bestimmungen gegen den unkontrollierten Abfluss von Devisen
 erlassen, Bestimmungen, die auch die Seeleute treffen. Spätestens
 3 Tage nach Beendigung der Reise müssen die Seeleute alle eingenom-
 menen Devisen abgeben. Selbst bei einem kurzen Aufenthalt im Heimat-
 hafen von weniger als 3 Tagen müssen die Devisen abgegeben werden.
 Heute haben die deutschen Seeleute noch die Wahl, ob sie die z. B.
 als Trinkgelder oder bei Verkauf eingenommenen Devisen dem Zahlmei-
 ster ihres Schiffes oder einer deutschen Bank abliefern. Doch "wird,
 um eine bessere Kontrolle zu ermöglichen, den Reedereien vorgeschla-
 gen werden, den Besatzungsmitgliedern die Ablieferung nur beim Zahl-
 meister vorzuschreiben". Der Reeder wird darüber nicht böse sein,
 er erhält damit gleichzeitig eine Kontrolle über die Extraeinnahmen
 der Besatzungsmitglieder.

In ausländischen Häfen darf der deutsche Seemann nur eine be-
 schränkte Summe von Bord an Land mitnehmen, zur Zeit während der
 Dauer eines Kalendermonats bis zu 50 RM, gleichgültig wieviele Häfen
 angelaufen werden. Im Fallreep werden Stichproben durchgeführt
 um zu kontrollieren, ob diese Bestimmung umgangen wird. Vergehen
 gegen diese Bestimmung werden mit mindestens einem Jahr Zuchthaus
 bestraft.

Freiwache auf deutschen Schiffen. (ITF) "Vorbei sind die Zeiten,
 =====
 wo der deutsche Seefahrer
 nach seiner Arbeit nichts mehr zu tun hatte... Wenn jetzt die Matro-
 sen, Heizer, Trimmer und das übrige Personal von Wache kommen, so
 ist der erste Weg nicht wie früher gleich ins Logis, sondern erst
 zur Kommandotafel der Marine-SA, um zu sehen, was während der Frei-
 zeit für Dienst angesetzt ist. Und in grossen Lettern steht schon
 dort: Heute 13,30 h Dienst für alle dienstfreien SA-Männer. Trotz
 der grossen Hitze im Roten Meer sind alle zur festgesetzten Zeit
 in Linie zu einem Gliede angetreten. Es fällt wirklich schwer, so
 ruhig zu stehen, nicht weil wir müde sind, nein, das Deck ist so
 heiss und 35 Grad im Schatten... Nach der Kleidermusterung wird
 noch eine halbe Stunde exerziert, schwitzen tun wir genug, dann wird
 noch eine halbe Stunde gewinkert. -- Alles hat geklappt, der Trupp-
 führer ist zufrieden. So verging der Nachmittag im Nu, die einen
 gehen wieder auf Wache, die anderen ruhen sich aus, bis für sie auch
 die Arbeit beginnt".

Die deutschen Reeder, die unter der Überschrift "Sonntagsdienst
 auf Dampfer Isar" diesen Bericht in "Der deutsche Seemann", heraus-
 gegeben von der Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche
 Betriebe (Nr. 8), lesen, freuen sich über das Exerzieren der Marine-
 SA. Es gibt ihnen die Handhabe, die von den freien Gewerkschaften
 erkämpfte Freizeit an Bord noch weiter zu verringern.

Sein Kampf. (ITF) Die nationalsozialistischen Partei-Führer ver-
 =====
 schaffen sich durch den Zwangsabsatz der unter
 ihrem Namen erschienenen Bücher erhebliche Mehreinnahmen. Allein die
 Einnahmen des Reichskanzlers Hitler aus dem Vertrieb seines Buches
 "Mein Kampf" werden auf einige Millionen geschätzt; jede deutsche
 Schule, jede Gemeinde, jede Behörde wurde gezwungen, mindestens ein
 Exemplar der kostspieligen Schrift zu erwerben. Jetzt versucht man,
 auch die Arbeiter zur Bereicherung der nationalsozialistischen Partei-
 führer zu zwingen.

Auch in den Eisenbahnwerkstätten in L. (Mittelddeutschland) sollte
 eine Bibliothek eingerichtet werden, selbstverständlich mit dem ge-
 samten Schrifttum der nationalsozialistischen Parteigrössen. Jeder
 Arbeiter sollte 40 Pfg. "freiwillig" zum Kauf der Bücher beisteuern.
 Wer dieser Aufforderung nicht nachkommen wollte, sollte sich bei
 seinem Meister melden. Zur Überraschung der Direktion haben sich
 9/10 aller Beschäftigten bei den Meistern gemeldet und ihre Weigerung
 notieren lassen. In L. ist der Kampf für die Privatkasse des "Füh-
 rers" zunächst missglückt.